



DIE MACHT DES KRUDEN KLIMA-KINDERGOTTES

Juncker rügt deutsche Klimapolitik und wird von Greta kritisiert

Von JEFF WINSTON | Was ist nun schon wieder in „Harald Juhnker“ gefahren? Der Noch-EU-Kommissionspräsident rügte kurz vor den EU-Wahlen in einem Interview mit der [linken Funke-Mediengruppe die deutsche Klimapolitik](#) aufs Schärfste: „Ich staune, dass Deutschland die festgelegten Klimaziele ungenügend umsetzt“, betonte Juncker. Immerhin aber habe die Bundesregierung ein „Klimakabinett“ gebildet, relativierte er seine Klima-Kritik. Denn mit „[Kabinett](#)“ kennt er sich bestens aus – in den Wein-Regalen der EU lagern derzeit [über 16.000 Flaschen](#). Edelste Tropfen direkt unter den Brüsseler Ratsgebäuden. Des EU-Wahnsinns fette Beute!

Die Bundesregierung wollte ursprünglich die so genannten „Treibhausgas-Emissionen“ bis zum Jahr 2020 um mindestens 40 Prozent gegenüber 1990 senken – dieses humoristische Ziel gilt aber inzwischen als wohl nicht mehr erreichbar. Es gibt darüberhinaus weitere hehre Ziele – von mindestens 55 Prozent bis 2030 und von mindestens 80 bis 95 Prozent bis 2050 ist nun die Rede.

Zu einer mögliche Rücksichtnahme der Bundesregierung auf die Autoindustrie äußerte sich Juncker zurückhaltend. „Ich bin überhaupt kein Anhänger dieser Anti-Auto-Kampagne“, sagte er. „Aber wir brauchen einen Mobilitätswechsel und müssen stärker auf andere Verkehrsmittel setzen als auf das Auto.“ Zudem wolle er über das damit verbundene Thema Arbeitsplätze „nicht leichtfüßig hinweggehen“.

„Ich denke, dass sich Deutschland aufraffen wird, sich mit gemäßigtem Tempo den Zielvorgaben zu nähern.“ Auf die Frage, ob Deutschland zu viel Rücksicht auf die Autoindustrie nehme, sagte Juncker: „Ich bin überhaupt kein Anhänger dieser Anti-Auto-Kampagne. Aber wir brauchen einen Mobilitätswechsel und müssen stärker auf andere Verkehrsmittel setzen als auf das Auto“, kolportiert der EU-Chef (Dienstwagen: u.a. gepanzerte S-Klasse) freuden-taumelnd.

„Gib dem Affen Juncker ...“

Der Kommissionspräsident lobte dagegen die „Schülerproteste“ für mehr Klimaschutz:

„Ich halte es für begrüßenswert, dass nach jahrelanger Erlahmung jugendlicher Protestkräfte endlich wieder junge Menschen auf die Straße gehen, weil sie sich Sorgen um unsere Zukunft machen. Insofern ist mir diese Bewegung sehr sympathisch.“

Der EU-Kommissionspräsident steht seit Wochen gehörig unter Druck seitens der „sympathischen Bewegung“ der apathisch-autistischen Greta Thunberg und ihrer halluzinierenden Heiligen der letzten Tage.

Greta: „Sie betrügen, wenn Sie können“

In ihrer von den Mainstreammedien umjubelten – Nobelpreisverdächtigen – „[Brüsseler Rede](#)“ vor dem EU-Parlament las sie ausgerechnet Junckers praktizierenden EU-Apparatschiks gehörig die Leviten:

„Wir wissen, dass die meisten Politiker nicht mit uns reden wollen. Gut. Denn wir wollen auch nicht mit ihnen reden.“
Greta Thunberg entwarf in der Folge ein Bild der politischen Führungsebene in Europa, die nichts tue, nicht hinhöre, stets vom Wesentlichen ablenke, der es nur um Wachstum und Macht gehe:

„In dem politischen System, das Sie aufgebaut haben, geht es nur um Wettbewerb. Sie betrügen, wenn Sie können, denn das einzige, worauf es ankommt, ist es, zu siegen und Macht zu bekommen. Das muss enden.“ [...]

„Wir müssen jeden Zentimeter unseres Seins auf den Klimawandel fokussieren“, hatte Greta gemahnt. Denn andernfalls würden die Politiker der Gegenwart *„erinnert werden als die größten Versager der Geschichte – oder die größten Verbrecher aller Zeiten, weil sie entschieden haben, nicht zuzuhören und nicht zu handeln,“* schloss Greta Thunberg ihre sakrosankte Suada.

Der höchste Repräsentant der EU sah dabei gar nicht so glücklich aus. Er sei noch dabei, sich „von einem anstrengenden Brexit-Gespräch“ zu erholen und könne sich gerade schwer auf das Gesagte konzentrieren, gab der Kommissionspräsident später zu Protokoll. Es waren vielleicht auch leichte Schmerzen an der linken Wange, die ein dickes Pflaster zierte. Angeblich hat sich der Präsident [beim Rasieren geschnitten](#). Hatte er sie anfangs „mit seinem üblichen Charme“ ([WeLT](#) ganz humorfrei) noch mit Handkuss begrüßt, „ließ er im Anschluss an Gretas kurzen Beitrag den einen oder anderen Hinweis auf seinen Unmut fallen“.

„Harmonisierte Toilettenspülungen“ gegen den Klimawandel

Juncker gab als Replik zurück, dass es erstens durchaus noch mehr Probleme gebe als den Klimawandel, um die sich die Politik zu kümmern habe, zum Beispiel „Afrika“ – allem voran die unverzügliche Umsetzung des UN-Compact on Migration. Er versicherte der kleinwüchsigen Klima-Gretel, dass die EU

außerdem im künftigen Siebenjahres-Haushalt jeden vierten Euro (!!!) „für Klimazwecke“ ausgeben werde. Dass man Menschen – zumal im vielfältigen, diversen Europa – Dinge nicht einfach vorschreiben könne, auch wenn sie sinnvoll sein könnten: Als Beispiel nannte Juncker „[harmonisierte Toilettenspülungen](#)“. „Damit würden wir eine Menge Energie sparen“, betonte Juncker.

Juncker erwähnt sogar Bienenschutzprogramm

Und schließlich verwies Juncker darauf, dass die EU in seiner Amtszeit ein Investmentprogramm von 380 Milliarden Euro abgearbeitet habe. „Vieles davon ging in Umweltprojekte.“ Soviel zum Vorwurf, tatenlos zu sein. JC. Juncker erwähnte sogar explizit das „[Bienenschutzprogramm der EU](#)“ und seinen Fokus auf „Umweltschutz selbst in Handelsabkommen mit Japan und Kanada“. Ziemlich evident gefiel dem erheblich Ischiasgeplagten nicht, von einer 16-jährigen mit [erheblichen „psychischen Problemen“](#) als einer der womöglich „größten Schurken der Geschichte“ tituliert zu werden, Autisten unter sich.

Denn [Asperg-Spektrum-Auffällige](#) leben in einer eigenen Welt, die für andere nur schwer begreifbar ist. Sie reden, wann und wie sie wollen und über Themen, die sie selbst interessieren, ohne Anpassung an die Zuhörer. Weitere Symptome des Asperger-Syndroms sind ungewöhnliche ausgeprägte Interessen und Kenntnisse, oft in einem eng umgrenzten und teils wenig praxisrelevanten Bereich. [Die bedauerlicherweise Betroffenen](#) können so auf ein Interessengebiet fixiert sein, dass sie nur wenig Neugier und Aufmerksamkeit für andere Sachzusammenhänge aufbringen können. Klimahysterie ist der Tanz um das Goldene Kalb des milliardenschweren [Klimaschwindels](#): Für ein Windkraftwerk werden Tonnen von Beton in den Boden gepumpt, der dann landwirtschaftlich nicht mehr nutzbar ist. Für das Klima werden schnell mal Bäume abgeholzt, wenn sie im Wege sind. Da kommen keine Aktivisten, die dann Baumhäuser besetzen. Täglich sterben hunderttausende seltene Vögel und Fledermäuse in den Rotoren der Windkraftwerke. Dagegen klagen

die Umweltaktivisten gegen jedes größere Bauvorhaben mit Steuergeldern durch alle Instanzen, weil dort die äußerst seltene kaukasische „Pinselohrlaus“ brütet.

Es stellt sich natürlich die Frage, in wieweit die deutschen Steuerzahler noch weiter willfährig den Klima-Abgesang-Gang der zukünftigen „Friedensnobelpreisträger“ zur Schlachtbank mittragen. Inwieweit die fiskalische Milchkuh Europas sich noch weiter unendlich durch die Europa-Verächter der Altparteien melken lässt. Wieviele weitere EU-Länder haben etwa alle gestrengen Klimaziele erreicht? Wie viele Kohlekraftwerke hat man in Polen oder Tschechien schon abgeschaltet? Wieviele Atomkraftwerke wurden in Frankreich in unmittelbarer Nähe zur deutschen „Grenze“ nicht gebaut? Wieviele E-Autos fahren bereits an der Costa Brava? Wieviel „mörderische CO2- und Feinstaub-Emissionen“ haben Junckers sonstige EU-Transfer-Destinatäre bis heute eingespart?

Am 26. Mai ist EU-Wahl – Wahltag ist Heimzahltag! Hol Dir Dein Land zurück.



Warum wir uns alles bieten lassen

Von M. SATTLER | Wir werden umgevolkt, aber wir lassen uns auch umvolken. Mit der aggressiven Siedlungspolitik unserer

Elite konfrontiert, hoffen wir, durch Passivität wenigstens unsere heile Haut zu retten. Diese Hoffnung ist allerdings eine Illusion: Der Bürgerkrieg kommt sowieso.

Im Grunde haben sich die Deutschen mit der schrittweisen Landnahme durch fremde Nationalitäten in Deutschland arrangiert. Man kann sich mit dem Taschenrechner ausrechnen, wann die Mehrheit der Bevölkerung in schon heute stark umgevolkten Regionen wie Nordrhein-Westfalen nicht mehr aus Deutschen, sondern aus islamischen Kolonisten bestehen wird – allesamt angesiedelt durch eine ideologisch fanatisierte Elite, die für ihr Ziel einer totalen „Bunten Republik Deutschland“ (Christian Wulff) keine Kosten scheut und erkennbar auch willens ist, für dieses Ziel über Leichen zu gehen. Diese politisch gewollte Umstrukturierung der Bevölkerung in Deutschland zugunsten neu angesiedelter Völkerschaften, wie sie sich am deutlichsten bereits in NRW zeigt, wird zeitversetzt auch alle anderen Bundesländer erfassen.

Trotz dieser aggressiven Siedlungspolitik haben die Deutschen dämchendrehend dabei zugesehen, wie die Elite ihnen seit 2015 Millionen von Glückrittern aus aller Welt als angebliche „Flüchtlinge“ verkauft hat, sie haben seelenruhig dabei zugeschaut, wie diese staatlich gehätschelte Klientel aus Nordafrika, Afghanisten und sonstwoher, zu Hunderten zusammengerottet, in Köln deutschen Frauen den Finger in den After schob und sich der sogenannte „Rechtsstaat“ in Form der Polizei am Rande dieser ekelhaften Massenszenerie völlig hilflos gab. Sie lesen alle Tage in der Zeitung, dass die angesiedelten Kolonisten wieder einmal einen indigenen Deutschen ermordet oder eine indigene deutsche Frau vergewaltigt haben, sie lesen, wie Menschen von den immerselben islamischen Tätern totgefahren oder abgestochen werden wie Tiere und im welchem Ausmaß unsere Elite diese zwielichtigen Personenkreise dennoch immer weiter mit Milliarden vollpumpt – Milliarden von unserem Geld, das sie

uns weggenommen hat. Trotz all dieser skandalösen Zustände lassen die Deutschen weiterhin ihre Gelbwesten brav im Handschuhfach liegen, sie kriechen weiterhin vor einem Staat zu Kreuze, der ihnen jeden Tag aufs Neue in den Rücken tritt.

Für diese erstaunliche Duldsamkeit der Deutschen gibt es – von Mitläufertum und kindischer Propagandagläubigkeit an die Verheißungen der „Bunten Republik“ einmal abgesehen – zwei wesentliche Gründe:

Zum einen besteht eine gewisse Resignation und Schicksalsergebenheit, „das alles sowieso nicht mehr ändern zu können“, bevor man es überhaupt versucht hat, weil das politische Establishment beim Thema Umvolkung bekanntermaßen absolut unerbittlich ist und der ethnische Umbau Deutschlands eigentlich die einzige Konstante in der gesamten Geschichte der Bundesrepublik war, auf die man sich tatsächlich verlassen konnte: Auch im nächsten Jahr wird es wieder mehr Türken, Araber und Afrikaner in Deutschland geben, als in diesem Jahr – das war in der Epoche der Bundesrepublik stets so sicher wie das Amen in der Kirche. Man weiß also aus langjähriger Erfahrung, dass die staatstragende Führungsschicht in dieser Frage kompromisslos ist und der politische Hass auf die Deutschen in diesen Kreisen einfach zu tief sitzt, als dass diese Elite jemals zu irgendeiner Form von Mäßigung, Verlangsamung oder gar Rückabwicklung ihrer Umvolkungspolitik bereit wäre. Ein Gelbwestenaufstand in Deutschland, verwüstete Straßen, brennende Amtsgebäude als Zeichen des Zorns, so ahnt man, wird also nichts ändern. Die herrschende Elite würde löschen und mit einem gnadenlosen politischen Fegefeuer gegen die verhassten Deutschen antworten. Die immer wieder zu hörende Vermutung, dass Merkels angebliche „Flüchtlinge“ von 2015 bereits solch eine Art von Fegefeuer waren, nämlich nichts als eine Antwort des herrschenden Establishments auf den Pegida-Austand von 2014/15, ist sicher nicht völlig von der Hand zu weisen.

Zum anderen weiß man nur zu gut auch um die Gewaltbereitschaft

der islamischen Kolonisten, die ihr aggressives Potenzial bei jeder sich bietenden Gelegenheit demonstrativ zur Schau stellen. Man macht einen weiten Bogen um diese Leute, da das Messer in dieser Szenerie bekanntlich schnell zur Hand ist und der Griff zur Waffe den Kolonisten aus politischer Sicht auch dazu dient, den unverkennbar vorhandenen Machtwillen zu unterstreichen: Gewalt, seit alters her ein Schlüssel zu politischer Macht, wird sichtbar angedroht und auch ausgeübt. Eindrücklicher als alle anderen machtpolitischen Symbole macht ein gezücktes Messer deutlich, wozu man im Ernstfall bereit und fähig wäre, wenn den zahllosen Forderungen, die man an den Staat und gegen die Deutschen richtet, einmal nicht entsprochen wird und schafft sich dadurch politischen Respekt. Auch als Bürger nimmt man diese Signale offensichtlicher Gewaltbereitschaft wahr und zieht daraus seine politischen Schlüsse: Selbst wenn es gelingen würde, die Elite durch eine Art deutschen Gelbwesten-Aufstand vorübergehend zu einer Abmilderung ihrer Siedlungspolitik zu bewegen, würde das letztlich weitaus höhere Gewaltpotential auf Seiten der islamischen Kolonisten den Staat bald wieder so stark unter Druck setzen, dass die politische Führung aus Gründen des Appeasements ihre Umvolkungspolitik mit unverminderter Rücksichtslosigkeit wieder aufnehmen würde.

Sich mit diesen beiden radikalisierten und zudem oft genug gewaltbereiten Machtträgern anzulegen – einerseits der politischen Elite der totalen Bunten Republik, die für ihre Politik über Leichen geht und im Kampf gegen die Opposition gern auf die schmutzigen Dienste ihrer Antifa zurückgreift, andererseits dem Heer gewalttätiger islamischer Kolonisten – wäre also mühsam, riskant und natürlich kräftezehrend. Zudem wären die Erfolgsaussichten in der aktuellen Ausgangslage gering: Die herrschende Elite und die mit ihr alliierten islamischen Kolonisten werden niemals aufgeben und die Sache letztlich mit aller Härte ausfechten. Angesichts des hohen Risikos und der eher gering einzuschätzenden Erfolgsaussichten scheint die Entscheidung der Deutschen somit verständlich, auf

jeglichen Widerstand gegen die Umvolkung zu verzichten und sich in sein Schicksal zu ergeben. Man wählt das augenscheinlich kleinere Übel: Man lässt die Landnahme durch andere Nationalitäten und die Islamisierung Deutschlands über sich ergehen wie eine biblische Plage, gegen die man ohnehin machtlos ist, und hofft, so wenigstens seine eigene heile Haut zu retten.

Diese Hoffnung ist allerdings vergeblich: Die in Deutschland erkennbaren Konfliktlinien zwischen Kolonisten und Indigenen, Aufklärung und Islam, Okzident und Orient sind letztlich zu grundsätzlich, zu fundamental, sie sind in keiner Weise befriedigend auflösbar. Es wird daher immer machtpolitische Spieler auf der einen oder anderen Seite geben, die sich dieses leicht entzündliche Konfliktpotenzial zu Nutze machen und entsprechend befeuern werden. Dass dieses schon heute konfliktgeprägte Pulverfass auf Dauer friedlich bleiben könnte, ist somit nichts als eine naive Illusion. Auch das ist deshalb so sicher wie das Amen in der Kirche: Über kurz oder lang wird die Bunte Republik in Flammen aufgehen, der Bürgerkrieg kommt sowieso.



Kahanes Schnüffel-Stiftung

unterliegt vor Gericht

Über Anetta Kahanas Schnüffelbroschüre aus ihrer Horch- und Guck-Stiftung gegen Rechts hatte PI-NEWS bereits Ende November 2018 [in aller Deutlichkeit berichtet](#). Aus unserem damaligen Artikel:

„'Ene, mene, muh' heisst die 60-seitige Anleitung der Amadeu-Antonio-Stiftung für angehende Kita-Spioninnen, mit der die Kinder von „Rechtspopulisten“ wie der AfD im Kindergarten vorerst dingfest gemacht und dann vielfältig, bunt und links umerzogen werden.“

Die von der Bundesfamilienministerin Franziska Giffey geförderte [Schnüffelanleitung](#) ist eine Handreichung für alle Erzieherinnen, die wenig Hirn, dafür aber jede Menge Unsinn im Kopf haben und eine entsprechende krude Fantasie. So erkenne man Töchter von „Rechten“ beispielsweise daran, dass ihre Haare zu Zöpfen gebunden sind (Seite 12). Sehr verdächtig auch die Fähigkeit, bestimmte Handarbeiten ausführen zu können, oder dass sie auf dem Lande einen weiten Weg zur Schule zu Fuß zurück legen. Oder dass sie keine Disziplinprobleme verursachen.

Anschließend sollen die Eltern vorgeladen werden (Seite 14) und ihnen [...] *deutlich gemacht werden, inwiefern autoritäre und geschlechterstereotype Erziehungsstile die vielfältigen Möglichkeiten von Kindern einschränken und Entwicklungen erschweren. Auf dieser Basis kann eine strategische Arbeitsbeziehung mit den Eltern eingegangen werden [...]*

In einer Demokratie sollte es nun möglich sein, solchen totalitären Anmaßungen und dem Missbrauch der Kinder für das Denunzieren der eigenen Eltern widersprechen zu können, eine andere Meinung dazu haben zu können. Und tatsächlich, man mag es kaum glauben, gab es selbst in der CDU-Bundestagsfraktion schon im November vereinzelt [Kritik an der Schnüffelbroschüre](#):

Die stellvertretende Unions-Fraktionsvorsitzende Nadine Schön nannte die Broschüre eine „staatliche Handlungsanweisung zur Elternspionage“, die sofort eingestampft werden müsse. „Erzieherinnen sollen unsere Kinder betreuen, bilden und Werte vermitteln, nicht aber die politische Gesinnung der Eltern überprüfen und korrigieren“, so Schön.

Ein Parteifreund aus Berlin riet ebenfalls vom Gebrauch der Broschüre in Kitas ab, [wie die Neue Zürcher Zeitung berichtet:](#)

Die Broschüre wende sich gegen Vorurteile, schüre dabei aber selbst welche, sagte der CDU-Politiker Falko Liecke. Er ist Vizebürgermeister und Jugenddezernent im Berliner Bezirk Neukölln und riet Kita-Mitarbeitern davon ab, die Broschüre zu nutzen.

Nun wäre Kahane keine gelernte Stasi-Nase, würde sie, beziehungsweise ihre Stiftung, nicht entsprechend auf solche Kritik reagieren. „Entsprechend“ heißt in diesem Falle, die Kritik per Gerichtsbeschluss zu verbieten. Denn die von ihrer Broschüre zu vermittelnde „Demokratie“ meint natürlich nur die echte Demokratie, eine solche, die Kahane vertritt, und keine andere. Die NZZ berichtet weiter vom vergeblichen Versuch der Amadeu-Antonio-Stiftung, die Deutungshoheit über Kinder zu gewinnen und zu behalten. Das begründete sie nicht inhaltlich, was einigermaßen schwer fällt, sondern über den Umweg von Zuständigkeiten und (fehlenden) „Kompetenzen“:

Damit wollte sich die Amadeu-Antonio-Stiftung nicht abfinden und klagte auf Unterlassung. Sie versuchte, vom Verwaltungsgericht Berlin feststellen zu lassen, dass Liecke mit der Pressemitteilung seine Kompetenzen überschritten habe. Wäre es nach der Stiftung gegangen, hätte er die Kritik in seiner Funktion als Amtsträger nicht wiederholen dürfen.

Das Urteil:

Wie am Dienstag bekannt wurde, lehnte das Gericht den Antrag der Stiftung jedoch ab. Liecke darf damit weiterhin offiziell

die Auffassung vertreten, die Broschüre vermittele Vorurteile und animiere zur Bespitzelung von Familien. Das Gericht gelangte zu dem Schluss, Lieckes Kritik enthalte «weder wahrheitswidrige Tatsachenangaben noch unvertretbare Wertungen».

Die Amadeu-Antonio-Stiftung beharrt weiter auf ihrer Position, wie die NZZ berichtet, will aber laut einer Sprecherin keine Rechtsmittel gegen den Beschluss einlegen. Zynischerweise bedauern die Schnüffler, dass das Wohl der Kinder nun in den Hintergrund trete und jetzt „Rechtspopulismus und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit“ um sich greifen würden. Liecke und das Bezirksamt hätten «die dringend notwendige Debatte um Menschenfeindlichkeit in KITAS unterlaufen», dozierte Timo Reinfrank, Geschäftsführer der Schnüffel-Stiftung. Die Broschüre sei dabei bewusst verzerrt dargestellt worden. Das Gericht sieht das anders:

Liecke habe den Inhalt der Broschüre zutreffend zusammengefasst. Ausserdem dürfe er sich in seinem Amt zu der Broschüre äussern, was von der Stiftung bezweifelt worden war. Liecke begrüsst die Entscheidung und sagte gegenüber der NZZ: «Ich lasse mir keinen Maulkorb verpassen von solchen Stiftungen.» Wenn er sehe, dass etwas verkehrt laufe, wolle er die Öffentlichkeit darüber informieren. Für ihn als gewählten Volksvertreter sei das sogar seine Pflicht. Liecke bezweifelt, dass die Stiftung im öffentlichen Interesse handelt, und regte an, deren staatliche Förderung zu prüfen. Die erbittert geführte Debatte um die Kita-Broschüre dürfte somit nicht das letzte Kapitel im Konflikt um die Stiftung sein.

Chapeau, Herr Liecke! Ein wirklich mutiges Verhalten von Ihnen und eine gute Nachricht für alle Humanisten, auch wenn sie in dieser Ausführlichkeit kaum in den deutschen Medien, sondern vor allem in Schweizer Zeitungen, dem neuen „Westfernsehen“, zu vernehmen ist.

(Spürnase: Michael)



Die feuchten Träume des Alfred Denzinger

Alfred Denzinger, Fotograf und Archivar für Fotos von friedlichen Demonstranten, begibt sich gerne in Begleitung seiner linken Schläger von der „Antifa“ zum Fotoshooting auf patriotische Demonstrationen.

Dort macht er Fotos von Demo-Teilnehmern und später registriert, ordnet und archiviert er sie dann. Das ist in etwa der Inhalt seiner „journalistischen“ Tätigkeit. Natürlich stört das Typen wie ihn, die schon immer gerne in der deutschen Geschichte Buch geführt haben, wenn sie bei ihrer blutlosen Tätigkeit gezeigt werden. „Entfernen Sie sich“, ist dann alles, was so einer sagt, harmlos im Ton, grausam in letzter Konsequenz. So geschehen am 9. Januar auf einer [Mahnwache gegen Gewalt](#) in Stuttgart:

Auch der einschlägig bekannte Linksextreme und als „Journalist“ auftretende Alfred Denzinger provozierte durch Herumfuchteln mit seiner Kamera direkt vor den Gesichtern der Polizei und der Kundgebungsteilnehmer. Auf die Frage, wie der linksradikale Propagandist zum Thema Gewalt stehe, schwieg er. Er hatte dann keine bessere Idee, als einen freien Pressevertreter aufzufordern, sich von der AfD-Mahnwache zu entfernen. Dabei wurde er von vermummten Linksextremisten flankiert. Die Antifa denunzierte gewohnt mit Sprüchen wie:

„Es gibt kein Recht auf Nazipropaganda!“.

Natürlich stört das Leute wie Denzinger, wenn sie zur inhaltlichen Auseinandersetzung aufgefordert werden ([im Video ab 9.55](#)), dazu nichts zu sagen haben (außer: „Entfernen Sie sich!“) und das dann auch noch öffentlich gezeigt bekommen. Was also macht einer, der so drauf ist in einer solchen Situation?

Er gibt sich seriös und staatstragend und fordert im Fernsehen, dass seine Kritiker verboten werden. Der linkslastige SWR gab Denzinger am [17. April dazu in seiner Nachrichtensendung „SWR Aktuell Baden-Württemberg“](#) das entsprechende Forum. Mit etwas Mühe, er überlegt sichtlich, was er eigentlich verboten haben will („solche Dinge“), artikuliert er dann seine politischen Zielsetzungen (im Video ab Minute 11:44):

„Die Politik könnte aus meiner Sicht das tun, dass sie dafür sorgen, dass solche Hetzseiten wie PI-NEWS oder Journalistenwatch, dass den' eben untersagt wird, solche Dinge letztendlich in Umlauf zu bringen.“

Zensur also, der bequemste Weg für Anhänger totalitärer Ideologien. Denzinger denkt seiner Zeit hier etwas voraus oder auch etwas weiter zurück. Allerdings hat das mit Meinungsfreiheit und Demokratie nichts mehr zu tun. Und so muss er sich damit abfinden, dass linke Faschisten, ihre Schläger, ihre Schnüffler, ihre Fotografen und wer sich sonst noch gegen Patrioten austoben will, weiter an das Grundgesetz und die freiheitliche Grundordnung gebunden bleiben, so schwer es ihnen auch fällt. PI-NEWS wird dabei weiter den Finger in die Wunden legen, sachlich, friedlich und gewaltfrei.



Peter Boehringers Klartext #57: Wie die CSU Erdogan stützt

Der AfD-Bundestagsabgeordnete [Peter Boehringer](#) spricht in Folge 57 seines Wochenrückblicks wieder mal Klartext. Die Themen im Einzelnen:

- Attentat in Neuseeland und die Reaktionen darauf
- Attentate andernorts gegen Nichtmuslime und die Nichtreaktionen darauf
- SPD-Idee zur extremismugerechten Integration
- Heuchelei als Dauerbrenner der CSU
- EU verliert wichtige Länder und wirbt um kleine, arme bzw. islamische
- 200 Jahre danach: Kirchen erhalten noch immer Kompensation für Säkularisierung
- Noch immer kein BT-Untersuchungsausschuss „Asyl“